

1

Politisches Sekretariat

p.B.58.2.URSS - MAP

Bern, 6. März 1990

Bericht über die Gespräche von Botschafter G.Ducrey mit dem Chef der Direktion für Beurteilung und Planung des Aussenministeriums der UdSSR in Moskau vom 22.-27. Februar 1990

(Gesprächspartner siehe Beilage)

Allgemeine Bemerkung

Es ist unter westlichen Besuchern der Sowjetunion in den vergangenen Jahren Tradition geworden, sich über die Offenheit der sowjetischen Gesprächspartner überrascht und erfreut zu zeigen; die hier referierten Konsultationen sind dabei keine Ausnahme. Andere, allgemeine Eindrücke verdienen jedoch ebenfalls Erwähnung:

- Mehr Offenheit und Pluralismus bedeuten auch weniger Verbindlichkeit darüber, was die sowjetische Haltung zu einer bestimmten Frage heute ist; Interpretation und Einordnung von Aussagen einzelner Gesprächspartner, die zudem immer wieder betonen, in persönlicher Eigenschaft zu sprechen, werden schwieriger. Sie widerspiegeln eine generelle Unsicherheit angesichts der rasanten Entwicklung der vergangenen Monate und einer ungewissen Zukunft.
- Insgesamt entsteht der Eindruck, dass für die Sowjetunion die Talsole der Krise noch nicht erreicht ist, dass sich die Probleme vielmehr weiter zuspitzen und dass der angestrebte Wandel wesentlich mehr Zeit, als ursprünglich erhofft, beansprucht. Alte ideologische Dogmen erweisen sich als resistenter als in den Ländern Ostmitteleuropas.

- Mit der innenpolitischen Demokratisierung nimmt auch in der Sowjetunion die Interdependenz zwischen Innen- und Aussenpolitik zu. Die Aussenpolitik wird ein Faktor innenpolitischer Debatten und Auseinandersetzungen und Objekt verschiedenster Pressionen; ihre längerfristige Berechenbarkeit nimmt angesichts der labilen innenpolitischen Lage ab. Dies ändert nichts an der verminderten militärischen Bedrohung für Westeuropa. Weder bei Gorbatschows noch bei möglichen "rechten" oder "linken" Alternativen zu seiner Politik ist ein Rückfall in bipolare militärische Strukturen wahrscheinlich. Dies schliesst nicht erhöhte Instabilitäten, Konflikte und gar gewalttätige Unruhen in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa aus. Je nachdem, welche Gruppen die sowjetische Politik bestimmen, kann auch die Kooperation mit dem Westen mehr oder weniger intensiv vorangetrieben werden. Angesichts der schweren wirtschaftlichen Krise kann ein Terraingewinn für autoritäre Kräfte und ein Machtzuwachs für die Sicherheitskräfte nicht ausgeschlossen werden.

Die Konsultationen kreisten primär um folgende Schwerpunkte:

- globale Trends
- Europa (insbesondere Osteuropa, Deutschland und gesamteuropäische Strukturen, Rolle der USA in Europa)
- innere Entwicklung in der Sowjetunion

Im Folgenden seien hier nur einige Gedankengänge unserer sowjetischen Gesprächspartner zu den erwähnten Themen dargelegt, ohne dass die bekanntesten Positionen wiederholt werden.

1. Globale Trends

Sowjetische Ueberlegungen gehen heute offensichtlich von einem zunehmenden internationalen Bedeutungsverlust der beiden Supermächte USA und Sowjetunion und in dessen Gefolge von

einer Umwandlung zu einer multipolaren Welt aus. Militärische verlor gegenüber ökonomischen Machtmitteln an Bedeutung. Diese Auffassungen wird durch die Erkenntnis bestärkt, dass die Sowjetunion ausgerechnet heute, im Zeitpunkt höchster militärischer Machtentfaltung, in eine tiefe Krise schlittert. Das militärische Potential erweise sich politisch als nutzlos. An solche Ueberlegungen knüpft die Forderung, dass inskünftig eine "Korrelation zwischen Rüstungsniveau und neuen welt-politischen Strukturen erreicht" werden müsse, d.h.: Man müsse vermeiden, dass sich neue wirtschaftliche Zentren (Europa, Pazifik) bei gleichbleibend hohem Rüstungsniveau herausbilden. Eine Situation mit beschleunigter ökonomischer Entwicklung und langsamer Abrüstung könne zu schweren Spannungen führen. Im Bereich moderner Technologien könnten "kolonialistische Strukturen" entstehen; ökonomische Erpressungen mit Waffen im Hintergrund wären dann nicht auszuschliessen. Wenn man solches verhindern wolle, müssten die Abrüstungsbestrebungen verstärkt werden. Früher sei das fehlende Vertrauen Anlass für den Rüstungswettlauf gewesen, heute gäben die Rüstungsarsenale zu Misstrauen Anlass. Die gegenwärtige Zeit des Umbruchs müsse für wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung genutzt werden, um Ressourcen für neue Herausforderungen freizusetzen (Oekologie, Entwicklung etc). Nach dem Stellenwert der Oekologie in der sowjetischen Politik gefragt, wird allerdings eingestanden, diese habe angesichts der dominierenden wirtschaftlichen Sorgen heute noch eine bloss zweitrangige Bedeutung.

2. Europa

In der sowjetischen Aussenpolitik kommt Europa ein zentraler Stellenwert zu. Es gehe der Sowjetunion heute in erster Linie darum,

- die bestmögliche internationale Umgebung zu schaffen um sich auf die inneren Probleme zu konzentrieren;

- durch breitgefächerte Kooperation Stabilität zu erzielen und die militärischen Blöcke umzugestalten;
- einen gemeinsamen europäischen Raum zu schaffen, in welchem die europäische Teilung überwunden werde und in welchen die Ueberwindung der deutschen Teilung eingebettet werden könne.

Ziel bleibt die paneuropäische Integration, deren konkrete Form jedoch noch unklar ist. Die Institutionalisierung der KSZE sei jedoch ein erster und wichtiger Schritt in diese Richtung. Dabei gehe es darum,

- gemeinsame Regeln des Zusammenlebens (weiter) zu entwickeln, Machtbefugnisse dieser Institution zu definieren,
- das konkrete Funktionieren festzulegen.

Beim Aufbau gesamteuropäischer Strukturen seien für die Sowjetunion wichtig:

- die Beachtung des Konsensprinzips (nur bauen, was alle bauen wollen) und
- die Akzeptierung bestehender Realitäten (z.B.: EG, Grenzen). Dies erlaubt, die nationalen Eigenarten zu respektieren und dem unterschiedlichen Entwicklungsstand europäischer Länder gerecht zu werden.

Ziel könne nicht sein, eine Vielzahl neuer Organisationen zu gründen. Vielmehr müssten die verschiedenen bestehenden Organisationen neu belebt (ECE/UNO), schrittweise durch osteuropäische Länder und die Sowjetunion erweitert (Europarat, OECD), den neuen Bedingungen angepasst (Verhältnis Osteuropa und Sowjetunion zu EG und EFTA) und unter einem gemeinsamen Dach vereinigt werden (NATO und WAPA).

Angesichts der Geschwindigkeit der Ereignisse müsse der Aufbau gesamteuropäischer Strukturen beschleunigt werden. Im Bereich der Sicherheit sei dies dringender (Einbindung Deutschlands) aber auch leichter (Basis KSZE besteht schon) als auf wirtschaftlichem Gebiet, wo die Diskrepanzen zwischen Ost und West bezüglich wirtschaftlichen Mechanismen und wirtschaftlichem Entwicklungsgrad grösser sind und längere Adaptationsprozesse erfordern.

Die Idee der Institutionalisierung der KSZE ist als Zielvorstellung weit verbreitet, doch bestehen unterschiedliche Auffassungen über deren kurz- und mittelfristige Effektivität. Einige Gesprächspartner machen darauf aufmerksam, dass die bilaterale Supermächtekooperation nach wie vor wichtig bleibe, da eine umgewandelte KSZE noch für einige Zeit eine zu wenig glaubwürdige Sicherheitsgarantie biete.

Im Zusammenhang mit der Schaffung erhöhter Sicherheit in Europa wird sodann die Idee der Schaffung eines Kommunikationsnetzes für Krisen - entsprechend dem sowjetisch-amerikanischen Vorbild - vorgebracht.

Was Osteuropa betrifft, haben unsere Gespräche den Verzicht auf die Breschnew-Doktrin unterstrichen. Osteuropa werde nicht mehr von kommunistischen Parteien dominiert sein; auch in Bulgarien und Rumänien dürfte die Entwicklung schon bald zu gleichen Konstellationen führen wie in den andern Ländern (Verdrängung der KP). Die Sowjetunion strebe heute partnerschaftliche Beziehungen zu den Ländern des früheren "Cordon Sanitaire" an; der Rückzug sowjetischer Truppen wird als sicher hingenommen; angesichts der innenpolitischen Probleme, welche die Rückkehrer verursachen, hofft man allerdings auf einen schrittweisen, kontrollierten Rückzug über eine längere Phase.

Die ökonomischen Gesundungsmöglichkeiten Ostmitteleuropas werden je nach Land unterschiedlich beurteilt; für die DDR, die Tschechoslowakei und Ungarn werden schon bald spürbare Verbesserungen erwartet; schwieriger sei jedoch die Lage im Südosten. Im Europa-Institut wird das COMECON als nicht überlebensfähig taxiert, die Struktur des Handels als nicht reformierbar. Demgegenüber wird eine phasenweise und schrittweise Ankoppelung an den westeuropäischen Integrationsprozess - auch für die Sowjetunion- propagiert.

Interessant allerdings die negativen Aussichten, welche bezüglich der künftigen Entwicklung Polens vermutet werden; ob sich diese auf konkrete Anzeichen stützen, ist fraglich. Vermutlich spielt die auch unter gewissen reformerischen Kräften weit verbreitete Skepsis gegenüber dem pointiert marktwirtschaftlichen Austeritätsprogramm der Warschauer Regierung eine Rolle. Würden nämlich die Reformen in Polen in absehbarer Zeit Erfolge zeitigen, gäbe dies innerhalb der Sowjetunion jenen Radikalreformern Auftrieb, die vermittels einer Schocktherapie marktwirtschaftliche Mechanismen einführen möchten.

Hauptproblem der sowjetischen Europapolitik bleibt zur Zeit die Deutschlandfrage. Angesichts der angespannten innenpolitischen Lage besteht die Gefahr, so die Gesprächspartner im Aussenministerium, dass konservative Anti-Perestroika-Kreise unter den Stichworten des "Ausverkaufs Osteuropas", des "Betruges um die Früchte des Sieges" und der Gefährdung der Sicherheit der UdSSR an Boden gewinnen. So lauten jedenfalls die Vorwürfe, mit welchen die Beamten des Aussenministeriums konfrontiert sind, welche gegenwärtig eine Art Aufklärungskampagne zur deutschen Frage durchführen. Eine gewisse Unruhe ergibt sich auch bezüglich der Sicherheit der sowjetischen Truppen in der DDR: Es wurde auf mögliche Anschläge auf sowjetische Truppen hingewiesen, welche nationalistischen Kreisen Auftrieb geben könnten. Auch scheint sich Moskau zur Zeit nicht sicher, ob die sowjetischen Truppen in der DDR in jedem Fall den Befehlen aus Moskau gehorchen würden. Wenn die Konservativen an Boden gewännen oder gar die Macht übernähmen, bestehe die Gefahr einer internationalen Krise rund um Deutschland. Daraus leitet sich das Bedürfnis der Sowjetunion ab, eine Lösung im Rahmen der 35 zu suchen; das sowjetische Publikum müsse das Gefühl haben, dass die UdSSR bei der Lösung der deutschen Frage angemessen mitentscheiden konnte. Es gehe daher ganz allgemein darum, Deutschland einzubinden und weder Russland noch Deutschland nicht zu verletzen. Gegenüber Kohl

und Genscher wurde denn auch neben dem Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen auf die notwendige Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten und auf die Notwendigkeit eines etappenweisen Vorgehens hingewiesen. Konkret seien folgende Punkte wichtig:

- Ein Regelung der Frage der Beziehungen Deutschlands zur NATO; eine ähnliche Position, wie sie Frankreich in der NATO innehat (Mitglied des Nordatlantikpakt aber nicht der militärischen Struktur der NATO), wäre für die Sowjetunion akzeptabel;
- das Weiterbestehen einer gewissen militärischen Präsenz der vier Siegermächte;
- keine Ausweitung der Bundeswehr auf das Territorium der DDR;
- Entmilitarisierung Deutschlands, was allerdings nicht Nullbewaffnung bedeute, sondern die Schaffung von Zonen minimaler militärischer Präsenz meine;
- Verhinderung, dass von deutschem Boden je wieder ein Krieg ausgehe; daher wären unter dem Dach der KSZE Verifikationsmechanismen zu schaffen (über Anzahl und Mandat einer Verifikationstruppe wäre zu verhandeln). Die Sowjetunion müsse sehen könne, was die Deutschen tun.

Dem Einwand, dass mittelfristig ein vereinigtes Deutschland bezüglich des BSP und der Bevölkerung kaum gewichtiger sei als Frankreich und die Benelux-Länder, halten die sowjetischen Gesprächspartner entgegen, die neuen Umstände müssten berücksichtigt werden, um die zukünftige Stellung Deutschlands in Europa richtig einschätzen zu können. Dazu gehörten:

- die absehbare verminderte Rolle von USA und Sowjetunion in Europa;
- die verminderte Bedeutung militärischer Macht im allgemeinen und der Allianzen im besonderen und damit die erhöhte Bedeutung ökonomischer Stärke.

Letzterem Argument aus dem Aussenministerium wird im Europa-Institut entgegengehalten, dass die Innenpolitik für den Grossteil der Bevölkerung wesentlich zentraler sei (Versorgung, Nationalitäten). Ausserdem wird auf eine kürzliche Meinungsumfrage verwiesen, laut der sich 45% der Befragten für

die Wiedervereinigung und bloss 30% dagegen ausgesprochen hätten.

Interessant auch, dass im Zusammenhang mit der deutschen Frage auf die vielen russisch-sprechenden Deutschen und deutsch-sprechenden Russen verwiesen wird, welche für die künftige Entfaltung wirtschaftlicher Beziehung von grosser Bedeutung sein könnten.

Insgesamt ist es nicht ganz abwegig, zu denken, dass die Sowjetunion heute, neben den erwähnten Zielen, in der deutschen Frage auch bestrebt ist, aus dem diplomatischen Bargaining eine möglichst umfangreiche Zusage Deutschlands für eine wirtschaftliche Unterstützung des Reformprozesses zu erlangen.

3. Sowjetunion

Die sowjetischen Gesprächspartner kamen im wesentlichen auf folgende Themen zu sprechen:

- Wirtschaftliche Krise und Reformbemühungen
- _ Umbau des politischen Systems
- _ Nationalitätenkonflikte

Die innenpolitische Situation in der Sowjetunion spitzt sich offensichtlich zu, so dass die Regierung heute befürchten muss, durch die Kumulation von Problemen die Kontrolle zu verlieren. Die abgehaltenen und noch bevorstehenden Wahlen auf lokaler Ebene und in einigen Republiken haben beigetragen, die Stimmung anzuheizen. Die Angst, dass die gegenwärtige "strukturelle Leere" durch nationalistische Bewegungen ausgenutzt wird, ist verbreitet.

Die Mobilisierung breiter Kreise gegen die Regierung basiert jedoch insbesondere auf der wirtschaftlichen Krise - die Talsole ist noch nicht erreicht - sowie der Enttäuschung über

die Ineffizienz der neuen Institutionen. Letztere ergibt sich aus der gegenseitigen Blockierung der verschiedensten politischen Gruppen. Wirtschaftliche Reformen stossen auf administrative Hemmnisse, auf den Widerstand jener, die von Privilegien profitieren, auf eine weit verbreitete, negative Haltung gegenüber Marktwirtschaft und Gewinnstreben. Grössere wirtschaftliche Reformschritte stossen somit auf das Hindernis der alten, aber in den Köpfen der Menschen durchaus noch lebendigen Ideologie. Neue wirtschaftliche Freiheiten werden zudem von mafiosen Gruppen missbraucht und damit diskreditiert. Die Gruppe der redlichen "risk-takers", welche in privaten Genossenschaften, joint-ventures und neu zu errichtenden freien Wirtschaftszonen Verantwortung übernehmen wollen, ist noch zu klein. Nicht ungefährlich ist, dass angesichts der nur langsam zu erwartenden Verbesserungen eine eigentliche "génération perdue" in verantwortungsvolle Posten aufrückt, eine mittelalterliche Generation also, die die Früchte ihrer heutigen Arbeit kaum noch gebührend wird ernten können.

Der Staat steht vor dem Problem zwei sich widersprechender Dinge gleichzeitig zu tun: einerseits radikale Wirtschaftsreformen zu unternehmen und andererseits durch sozialpolitische Stützungsmaßnahmen die negativen Folgen solcher Reformen aufzufangen. Sorgen bereitet in diesem Zusammenhang auch die Integration der Militärs ins zivile Berufsleben, welche zu einer der Hauptfragen des Abrüstungsprozesses zu werden droht. Nicht zufällig wird dabei an den verstärkten Einsatz von Armee und KGB bei der völlig ineffizienten Verteilung von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfes gedacht; kurzfristig seien dies die einzigen Organisationen, die in der Lage seien, eine gewisse Verbesserung der Versorgung zu erreichen.

Politisch ist ein verstärkter Machtkampf im Gange, welcher nun durch die Schaffung eines Mehrparteiensystems kanalisiert werden soll. Der Ineffizienz der parlamentarischen Organe

soll mit der Stärkung des Staatspräsidentenamtes begegnet werden. Die Nationalitätenkonflikte, welche für sich alleine vielleicht noch kontrollierbar wären, würden durch die ökonomische Krise entscheidend verschärft. Bisher gemachte Vorschläge für eine Erneuerung der Föderation finden keine Zustimmung der Republiken. Daher macht sich im Planungsstab des Aussenministeriums der naheliegende Gedanke breit, die Republiken sollten sich zuerst darüber im klaren werden, wie sie sich die Beziehungen zum Zentrum in Zukunft vorstellen. Ein unvollkommener Aufbau von unten sei besser als ein perfekter Entwurf aus Moskau. Allerdings bleibt bei einem solchen Denkansatz offen, ob überhaupt noch ernsthaft mit einem Weiterbestehen der UdSSR gerechnet oder ob eine radikale Entkolonisierung ins Auge gefasst wird. Die Tatsache allein, dass im Planungsstab ernsthaft solche radikalen Lösungsansätze diskutiert werden, ist beachtlich. Es bedeutet letztlich, dass auch wir uns Gedanken darüber machen müssen, was die Verselbständigung sowjetischer Republiken zu quasi oder ganz unabhängigen Randstaaten Russlands bedeuten würde.

In der Sowjetunion ist ohne Zweifel ein radikaler Wandel vom "tank thinking" zum "think tank" im Gange. Gesamthaft entsteht aber der Eindruck, dass mit einem sehr langen Umstrukturierungsprozess gerechnet wird, welcher in den nächsten Jahren viel Instabilität mit sich bringen wird und erst in der Zeitspanne von mindestens einer Generation Erfolge aufweisen kann.

Beilage

BeilageGesprächspartner, Moskau, 22.-27. Februar 1990

- Schweizerische Delegation:
- F. Pianca, Schweizerischer Botschafter in Moskau
 - G. Ducrey, Botschafter, Chef des Politischen Sekretariats, Bern
 - S. Speck, Minister, Moskau
 - W. Turnheer, Moskau
 - P. Maurer, Bern
 - L. Ribeli, Uebersetzer, Moskau

- Sowjetische Delegation:
- A.L. Adamishin, Stellvertretender Aussenminister der UdSSR
 - S.P. Tarasenko, Botschafter, Mitglied des Kollegiums des AM der UdSSR sowie Chef der Direktion für Beurteilung und Planung
 - G.G. Gventsadze, Minister, Adjoint von Herrn Botschafter Tarasenko
 - M.V. Alexandrov, Attaché, Direktion für Beurteilung und Planung
 - S.A. Karaganov, Vize-Direktor des Europa-Institutes der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
 - O.N. Bykov, Vize-Direktor des Institut de l'Economie Mondiale et des Relations Internationales der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
 - V.A. Kremenjuk, Vize-Direktor des Amerika- und Kanada-Institutes der Akademie der Wissenschaften der UdSSR